Der Kinderschutzbund
Landesverband
Nordrhein-Westfalen

25.04.2026

Lüdenscheider Erklärung

Kinderschutz und Kinderrechte sind das Fundament einer lebendigen Demokratie!

Der Kinderschutzbund in NRW setzt sich entschieden und nachdrücklich für die Verwirklichung der Menschen- und Kinderrechte ein. Extremistischen Angriffen, seien sie politisch, weltanschaulich oder religiös motiviert, tritt er entschlossen entgegen. Diese Grundhaltung drückt er in seinem Leitbild, seiner Satzung, seinem Grundsatzprogramm und nicht zuletzt in den Regeln über eine Mitgliedschaft transparent und öffentlich nachvollziehbar aus. Der Kinderschutzbund steht ein für die Rechte, die Würde und die sichere Entwicklung junger Menschen. Seine Arbeit basiert auf den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Diskriminierungsfreiheit und Solidarität.

Aber es braucht mehr als nur ein Bekenntnis: Dass diese Prinzipien keine Selbstverständlichkeit sind, lehrt uns unsere Geschichte und ein Blick auf die Krisen und Kriege unserer Zeit. Wohin der Verlust von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen führt, kann täglich an weltweiten Beispielen beobachtet werden. Demokratie muss jeden Tag neu hergestellt, gelebt und verteidigt werden. Insofern nimmt der Kinderschutzbund in NRW mit großer Besorgnis die Ergebnisse des Dritten Demokratieberichts der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis (https://www.politische-bildung.nrw/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpB_Demokr-Bericht_2026_final.pdf): Nur noch 44 % der Bevölkerung NRWs gelten demnach als

überzeugte Demokratinnen und Demokraten, während 42 % fragile demokratische Überzeugungen aufweisen, die demokratische Einstellungen mit der Zustimmung zu nicht-demokratischen Elementen kombinieren. Gleichzeitig berichten 47 % der Menschen von Einsamkeit und 84 % nehmen eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung wahr.

Diese Entwicklungen betreffen Kinder und Jugendliche in alarmierendem Maße. „Bei den jüngeren Altersgruppen ist die Demokratiezufriedenheit im Vergleich zum 2. Demokratiebericht regelrecht eingebrochen“, so der Bericht[1]. So ist bei den 14- bis 18-Jährigen die Demokratiezufriedenheit um 30 Prozentpunkte gesunken.

Vor diesem Hintergrund ist es ein aktuelles und dringliches Gebot, Orte zu schaffen oder neu zu beleben, an denen Kinder, Jugendliche und ihre Familien demokratische Prinzipien der Meinungs- und Willensbildung selbstwirksam erfahren können. Eine demokratische Gesellschaft verteidigt sich am wirksamsten nicht durch Populismus und Lautstärke, sondern durch Beteiligung: durch Teilhabe, durch Engagement, durch Fakten, durch Solidarität – und durch den Mut, klar zu sagen, wo die roten Linien verlaufen, denn die Zivilgesellschaft ist kein Beiwerk des Staates, sondern sein Fundament. Engagement in Initiativen, Vereinen und Bewegungen ist kein „Zusatz“, sondern der Kern demokratischer Praxis. Wo Menschen sich organisieren, diskutieren, helfen und Verantwortung übernehmen, entsteht Vertrauen. Der

[1] Fragile Einstellungen gegenüber unserer demokratischen Grundordnung zeigen sich insbesondere bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen: „Die Zustimmung zum Einparteiensystem, das, den Willen des Volkes insgesamt verkörpert‘, als meistgenannter Systemvariante unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Befragtengruppen: Die über 60-Jährigen (36 %) unterstützen eine solche Vorstellung deutlich seltener als die jüngeren Befragten (49 % bis 57 %). Insbesondere die 14- bis 18-Jährigen (57 %) und die 30- bis 44-Jährigen (56 %) können sich ein Einparteiensystem für Deutschland vorstellen. Dies gilt auch für Menschen mit formal niedriger (55 %) oder mittlerer Bildung (58 %) häufiger als für Befragte mit Abitur (29 %).“ (https://www.politische-bildung.nrw/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpB_Demokr-Bericht_2026_final.pdf, S. 39)

Kinderschutzbund steht exemplarisch für diese Zivilgesellschaft: Menschen engagieren sich hier freiwillig, beraten, begleiten und schützen.

Immer häufiger versuchen allerdings extremistische Akteure, Vertrauen in demokratische und soziale Institutionen gezielt zu zerstören. Das gilt in besonderem Maße für Institutionen mit Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Beratungsstellen, Familienhilfen oder ehrenamtliche Projekte werden diffamiert, Mitarbeitende persönlich angegriffen oder ihre Arbeit ideologisch verzerrt dargestellt. Solche Angriffe folgen einem Muster: Nicht Argumente stehen im Mittelpunkt, sondern die Unterstellung geheimer Absichten und eine gezielte Emotionalisierung. Dadurch sollen Eltern verunsichert, Fachkräfte eingeschüchtert und Engagement delegitimiert werden. Gerade für den Kinderschutz hat das gravierende Folgen. Familien brauchen Vertrauen, um Hilfe anzunehmen. Kinder brauchen Erwachsene, die sich trauen hinzusehen und Verantwortung zu übernehmen.

Kinder und Jugendliche sind nicht nur die Zukunft unserer Demokratie – sie sind ihre Gegenwart. Eine wehrhafte Demokratie zeigt sich darin, wie sie ihre Schwächsten schützt und fördert. Wer den Kinderschutz stärkt, stärkt die Gesellschaft. Wer ihn delegitimiert, schwächt sie. Der 3. Demokratiebericht zeigt deutlich: Wo Kinderrechte gestärkt, soziale Sicherheit gewährleistet und Beteiligung ermöglicht wird, wächst auch Vertrauen in Demokratie. Der Kinderschutzbund in Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb dafür ein, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, unter denen alle Kinder und Jugendlichen sicher aufwachsen, beteiligt werden und ihre Rechte verwirklichen können. Eine starke Demokratie beginnt mit starken Kinderrechten!